

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 120408
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Axel Wernitz MdB, Vorsitzender des Bundestagsinnenausschusses, weist auf die Achillesferse der friedlichen Kernenergienutzung hin: Solide Entsorgungspolitik dringend geboten. Seite 1

Wolfgang Clement schildert, wie CSU-Spranger mit Angriffen auf Gerhart Baum von CSU-Tandler ablenken will: Ein perfides Manöver. Seite 3

Dieter Rogalla MdEP fürchtet, daß Kohle-Billigimporte europäische Arbeitsplätze gefährden: Die USA müssen unsere Probleme ernstnehmen. Seite 4

Ulrich Dübber MdB fordert vom Berliner Senat Vorschläge für Haushaltskürzungen: Bei den Extratouren sparen. Seite 5

Uwe Holtz MdB warnt vor Seerechts-Miniverträgen: Gefahr für einen fairen Nord-Süd-Ausgleich. Seite 6

Ria Burkel MdL zu einer weiteren Tandler-Schwäche: Die Verantwortung über den Wohnungsbau wächst ihm über den Kopf. Seite 7

37. Jahrgang / 131

14. Juli 1982

Solide Entsorgungspolitik dringend geboten

Nukleare Entsorgung - Die Achillesferse der friedlichen Nutzung der Kernenergie?

Von Dr. Axel Wernitz MdB
Vorsitzender des Bundestagsinnenausschusses

Seit Jahren wird das Thema nukleare Entsorgung kontrovers diskutiert. Die umweltverträgliche Abfallbeseitigung bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie mag, wie es heißt, "zu Ende gedacht sein" und von der Technik her gesichert sein, aber die praktische Verwirklichung steht nach wie vor aus. Genau sie wird jedoch auch bei mittelfristiger Betrachtung allmählich dringend. Vor diesem Hintergrund von Stand und Perspektive der nuklearen Entsorgung ist auch die Stellungnahme des Bundestagsinnenausschusses zur Dritten Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung vom 26. Mai 1982 zu sehen. Dort heißt es unter anderem: "Eine gesicherte Entsorgung von Kernkraftwerken muß die Voraussetzung für deren Bau und Betrieb sein". Eine langfristige Entsorgung ist bis zum heutigen Zeitpunkt weitweit nicht gesichert. Daher kann gegenwärtig unter entsorgungspolitischen Gesichtspunkten ein Zubau von Kernkraftwerken nur in Frage kommen, wenn ein zusätzlicher Bedarf nicht durch heimische Kohle gedeckt werden kann."

Inzwischen hat die anhaltende Diskussion um die Eignung des Salzstockes Gorleben als Endlagerstätte und die Notwendigkeit beziehungsweise Zweckmäßigkeit, Alternativen zu Gor-



leben zu suchen, neue Aktualität gewonnen. Das Gutachten des Kieler Geologen Duphorn, im Auftrag der Physikalisch-technischen Bundesanstalt erstellt, hat ohne Zweifel die Position jener verstärkt, die seit längerem im politisch-parlamentarischen Raum für parallele und alternative Standorterkundungen in der Bundesrepublik plädieren. Denn Professor Duphorn hat die Eignung des Gorlebener Salzstockes als Endlagerstätte für radioaktive Abfälle problematisiert beziehungsweise bezweifelt und aus dieser Position heraus die Erkundung anderer Lagerstätte empfohlen. Selbstverständlich kann die Schlußfolgerung jetzt nicht die sein, die dortigen Probebohrungen zu unterlassen. Sie müssen im Gegenteil konsequent vorangetrieben werden, um die notwendige Klarheit zu bringen. Aber das Gutachten hat verständlicherweise bereits jene auf den Plan gerufen, die unverzüglich andere Standorte durch Bohrungen auf ihre Endlagerfähigkeit hin überprüfen lassen wollen.

Der Innenausschuß des Bundestages hat diese Thematik in den zurückliegenden Jahren wiederholt behandelt. Er wird vor dem Hintergrund der neuen Aussagen des Duphorn-Gutachtens und nach Vorliegen unter anderem einer Stellungnahme der Physikalisch-technischen Bundesanstalt im Herbst dieses Jahres die Frage nach den Alternativen zum Salzstock Gorleben erneut auf die Tagesordnung nehmen. Unabhängig davon, wie man zur Kernenergie steht: Angesichts der bereits vorhandenen Kernkraftwerke muß die praktische Lösung der Entsorgungsfrage einschließlich der Endlagerung konsequent vorangetrieben werden. Das neue Gutachten hat zurecht die alte Frage belebt, ob es wirklich angeht, alles auf eine Karte, nämlich den Salzstock Gorleben, zu setzen. Es spricht nach wie vor sehr viel für parallele Ansätze, Entsorgungspolitik nach dem Motto "Alles oder nichts" könnte in der Tat einmal zur Achillesferse für die friedliche Nutzung der Kernenergie werden. Gerade vom Standpunkt dessen, der den Beitrag der Kernenergie zur Energieversorgung für unverzichtbar hält, ist eine umsichtige und solide, zugleich konsequent lösungsorientierte Entsorgungspolitik zwingend geboten. Alles auf eine Karte zu setzen, könnte uns nach 1990 in der Endlagerfrage eine peinliche Situation und einen bösen Entsorgungsengpaß bescheren. Der parallele Ansatz bietet hier gegen zwar keine absolute Garantie, aber doch mehr Sicherheit, und darauf kommt es an.

(-/14.7.1982/bgy/ca)

+ + +



Ein perfides Manöver

CSU-Spranger will mit Angriffen auf Gerhart Baum von CSU-Tandler ablenken

Von Wolfgang Clement

Sprecher des SPD-Parteivorstandes

Die Attacken, die die CDU/CSU namentlich durch ihren innenpolitischen Sprecher Spranger gegen den Bundesinnenminister reiten läßt, gehen nicht nur Gerhart Baum an. Der Vorwurf des "Sicherheitsrisikos" richtet sich gegen alle, denen ein liberaler Rechtsstaat am Herzen liegt. Er verdient scharfe Zurückweisung: Daß der Bundesinnenminister (in Übereinstimmung mit dem Bundesjustizminister) die Extremisten-Überprüfung für den öffentlichen Dienst auf das notwendige Maß reduziert und die Dateien der Sicherheitsbehörden durchforstet, um eine gefährliche Kriminalisierung friedlicher, wenn auch gelegentlich demonstrierender Bürger zu unterbinden, ist im Interesse der öffentlichen Sicherheit und der Freiheit. SPD und FDP verhalten sich gerade auf diesem Feld nach dem Grundsatz: "Im Zweifel für die Freiheit" - und nicht nach der unausgesprochenen CSU-Ideologie "Sicherheit statt Freiheit".

Aber selbst dieser Ihrer Doktrin wird die CSU beileibe nicht gerecht. Der Vorwurf des "Sicherheitsrisikos" des CSU-Abgeordneten Spranger ist nämlich gerade deshalb so unverfroren, weil er vor dem Hintergrund einer Staatsschutzaffäre spielt, die ihresgleichen sucht, und die die bayerische CSU-Staatsregierung zu verantworten hat: Es ist die Affäre Langemann, deren weitere Untersuchung die CSU soeben mit Blick auf den bevorstehenden Landtagswahlkampf abgewürgt hat, was noch eine Entscheidung des bayerischen Verfassungsgerichtshofs, von der SPD angerufen, notwendig macht.

Aber so viel steht schon fest:

Erstens: Es ist unübersehbar, daß das von Gerold Tandler geführte bayerische Innenministerium offen war (ist?) wie ein Scheunentor. Der inzwischen vom Dienst suspendierte Staatsschutzchef Langemann hatte offensichtlich nicht die geringsten Schwierigkeiten, vertrauliche und geheimhaltungsbedürftige Informationen auf dem öffentlichen Markt zu handeln und an interessierte Publikationsorgane zu verhökern oder verhökern zu lassen.

Zweitens: Es ist ebenso unbestreitbar, daß Mittel, die für den "positiven Verfassungsschutz" bestimmt waren, in Bayern zweckentfremdet worden sind, beispielsweise zugunsten des "Arbeitskreises zum Studium internationaler Fragen" des CSU-Bundestagsabgeordneten Stauffenberg. Die Verwendung dieser Mittel ging in anderen Fällen offensichtlich auch unkontrolliert vonstatten, zumindest fehlen in weiten Teilen Belege. Und schließlich gestattet es diese "Freizügigkeit" im Umgang mit öffentlichen Geldern mutmaßlich auch, daß Mittel aus dem Verfassungsschutzbereich (über Decknamen) zurück in des Staatsschützers Taschen gelangten.

Drittens, und das ist die gravierendste Erkenntnis: Es ist von Gerold Tandler nicht bestritten worden, daß Langemann Vermerke über Journalisten namentlich des "Spiegel" und des "stern" anfertigte, die CSU-Chef Strauß als politische Gegner einordnen mag - wie er noch jeden zu verteufeln pflegt, der ihm nicht folgt -, bei denen aber dringend gefragt werden muß, welches Staatsschutzinteresse denn bestand, sie zu observieren. Diese Frage erscheint um so mehr gerechtfertigt, als die von Tandler als "interessant" bewerteten Vermerke einen weniger enthüllenden denn diffamierenden Charakter gehabt haben sollen.

Zusammengefaßt heißt dies, daß der dringende Verdacht besteht, daß in Bayern Parteipolitik mit finanziellen und sachlichen Mitteln des Staatsschutzes betrieben worden ist. Dies macht ein wahres Risiko für Sicherheit und Freiheit aus, und läßt die Spranger-Attacken gegen Baum in anderem Licht erscheinen: Nämlich als ebenso bösesartiges wie perfides Ablenkungsmanöver von gefährlichen Fehlleistungen der bayerischen Staatsregierung.
(-/14.7.1982/ks/ca)

+ + +



Billigimporte kontra Arbeitsplätze

Die USA müssen unsere Probleme ernst nehmen

Von Dr. Dieter Rogalla MdEP

"Für die künftige Energieversorgung der EG-Staaten sollte die Kohle wieder eine bedeutsamere Rolle spielen." Der Beratende Ausschuß der EGKS hatte zu der Stellungnahme der Kommission am 6./7. Mai 82 die Auffassung begrüßt, daß die Kommission diese Haltung unterstützt.

Danach sollten mit Mitteln aus dem EWG-Haushalt Forschungs- und Entwicklungsprojekte im Bereich der Kohle-Verwendungstechnologien sowie Demonstrationsanlagen zur Kohle-Vergasung und -verflüssigung subventioniert werden. Als besonders sinnvoll erachtete der Ausschuß die Empfehlung, in öffentlichen Gebäuden, in der Industrie und in Fernheizanlagen eine Umstellung von ölbefeuerten Kesseln auf Kohle vorzusehen. Darüber hinaus warnte er, nur die billige Importkohle einzukalkulieren, sondern er machte seinerseits den Vorschlag zu einer Koordination von Inlandsförderung und Einfuhren aus Drittländern zu kommen.

Die Einfuhr von Kohle aus Drittländern ist sicherlich notwendig, um die inländische Förderung in konjunkturschwachen Perioden vor zu großem Druck zu bewahren. Aber daß der EG-Ministerrat in einer Orientierungsdebatte in Brüssel am 13. Juli 82 leider mit der Mehrheit der zehn EG-Delegationen gegen die Forderung aus Bonn und London dem Vorschlag der Kommission aus Bonn gefolgt ist und hauptsächlich auf die preisgünstigere Importkohle zurückgreifen will, ist angesichts der vorrangegangenen Beratungen um so unverständlicher. Kein Bergmann vor Ort wird diese Nachricht verstehen können, da mit einem Schlag auch sein Arbeitsplatz in Gefahr gerät.

Wir sollten uns hüten, noch mehr Zechen zu schließen, noch mehr Kumpel auf die Straße zu schicken. Ich fordere als Abgeordneter des Europäischen Parlaments unter anderem für den Bereich Ruhrgebiet, diese EntschlieÙung in ihren gesamten Konsequenzen zu überdenken. Auch die USA, Hauptimporteur der Billigkohle in die EG, müssen endlich unsere europäischen Arbeitsplatzprobleme ernst nehmen. Das "Recht" des Stärkeren ist kein gesunder Grundsatz für Partnerschaft. (-/14.7.1982/ks/ca)

+ + +



Bei den Extratouren sparen
-----**Berlin sollte eigene Vorschläge für Haushaltskürzungen unterbreiten****Von Dr. Ulrich Dübber MdB****Mitglied des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages**

Bundesfinanzminister Lahnstein hat in seinem Haushaltsentwurf 1983 die Flugkostenzuschüsse für Berlin gekürzt. Sein Vorschlag liegt dem Parlament zur Entscheidung vor. In Berlin ist die Entrüstung gewaltig, nicht ohne Grund protestieren die Regierung, die Opposition, die Arbeitgeber wie die Arbeitnehmer.

Der Bundestag (das heißt sein Haushaltsausschuß) ist souverän, die Regierungsvorlage in den Einzelberatungen zu verändern. Er kann die Beträge "umschichten". Das würde heißen, an anderen Plätzen die nötigen 20 Millionen DM freizuschaffen, die für die Flugkostenzuschüsse im Berlin-Verkehr benötigt werden.

Ich kann mir dafür Beispiele vorstellen. Der Senat sollte nicht mauern, sondern mit guten Vorschlägen vorangehen. Brauchen wir unbedingt eine Magnetbahn zwischen Gleisdreieck und Kemperplatz? Braucht die TU ein aufwendiges Sportzentrum am Tauferlsberg mit vielen Parkplätzen für die Studenten? Müssen wir in Berlin die teuersten Radwege Deutschlands bauen, mit der Hand die Steine aus- und einsetzen, wo anderswo ein Pinselstrich über den Bürgersteig genügt? Durfte es sich der Berliner Senat leisten, monatelang zuzusehen, wie sich die Freie Universität weigerte, das Gelände der ehemaligen Pädagogischen Hochschule zu beziehen, die Stadtregierung indessen darauf beharrte, daß der Bund seinen Anteil am Hochschulneubau bestritt?

In Berlin gibt es in den Badeanstalten nach wie vor Tage, an denen mit der teuren Energie Wassertemperaturen von 27 Grad erzielt werden. Alte Straßen mit Kopfsteinpflaster, die ihren Dienst seit der Jahrhundertwende erfüllt haben, werden auf flachere Katzenköpfe umgerüstet, so daß die Autos mit 70 statt 30 Stundenkilometer darüber rasen können.

Ein Familiengeld in der Halbstadt einzuführen, während in Bonn am Kindergeld und an den Renten gekürzt werden muß, ist anmaßend gegenüber den Bürgern der übrigen Bundesrepublik. Ein Land, das zu 54 Prozent aus der Bundeskasse lebt, hätte Anlaß sich an den Artikel 106 GG zu erinnern, der die "Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse" im Bundesgebiet gebietet. Wenn solche Extratouren unterbleiben, wird es leichter sein, in Bonn für Berlin zu arbeiten. (-/14.7.1982/ks/ca)

+ + +



Nicht einseitigem Drängen nachgeben

Separate Seerechts-Miniverträge gefährden einen fairen Nord-Süd-Ausgleich

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Vor 500 Jahren haben die Spanier und die Portugiesen die Welt unter sich aufgeteilt und so die Basis für ihre Kolonialpolitik geschaffen. Vor 100 Jahren machten sich die Europäer im Zeitalter des Imperialismus die Welt untertan - einige Restbestände gefährden noch heute den Frieden.

Mit der Seerechtskonferenz soll erstmals ein partnerschaftlicher und gerechter Ausgleich der Interessen aller Staaten versucht werden, die an der Nutzung des Meeres und seiner Schätze als dem "gemeinsamen Erbe der Menschheit" teilhaben wollen. Nur so kann hier eine weltweite Anarchie verhindert und dieses "gemeinsame Erbe der Menschheit" für künftige Generationen gewahrt und vor Ausplünderung und Zerstörung geschützt werden.

Die Weigerung der USA, der in acht Jahren ausgehandelten Seerechtskonvention beizutreten, gefährdet diesen Versuch aufs schwerste. Die US-Regierung stößt ein Gefüge von Kompromissen um, weil sie meint, nicht mehr die unter Mitwirkung von drei Vorgängern ausgehandelten Ergebnisse mittragen zu können.

Wer auf diese Weise das Vertrauen in die Verlässlichkeit des wichtigsten westlichen Industriestaates zerstört, untergräbt auf lange Sicht die Möglichkeiten zur Fortsetzung und Neubelebung des Dialogs zwischen Nord und Süd insgesamt.

Abgesehen davon, daß dieser Schritt ohne Rücksicht auf die Verbündeten unternommen worden ist, ergibt sich für die Bundesregierung nun eine ganz besondere Verpflichtung zu verantwortungsvollem Handeln. Der Bundestag hat ihr trotz schwerster Bedenken in unserer Fraktion weitgehende Vollmachten zur Vereinbarung internationaler Zusammenarbeit bei der Nutzung des Meeres außerhalb der Seerechtskonvention erteilt.

Heute wird die Bundesregierung von den USA ganz offen aufgefordert, diese Vollmacht zu nutzen und so mitzuhelfen, daß die Seerechtskonvention vollends zu Fall gebracht wird.

Wir sollten nicht mitschuldig sein an einem möglichen maritimen Versailles, das gewaltsame Revisionsbestrebungen auslösen kann, und dessen politische Folgen unabsehbar sind.

Auch wenn nicht alle Punkte zufriedenstellend gelöst sind, sollte die Bundesrepublik der Seerechtskonvention beitreten. Die Bundesregierung darf nicht dem einseitig orientierten Drängen von Wirtschaftskreisen nachgeben, wie das die Reagan-Administration getan hat. Separate Miniverträge einiger Industriestaaten bedeuten einen Rückschlag für einen fairen Nord-Süd-Ausgleich und erweisen auch der Sicherung bundesrepublikanischer Interessen auf länger Sicht einen Bärendienst. (-/14.7.1982/ks/ca)

+ + +



Bewilligungsüberhang bleibt organisatorische Mißgeburt

Wächst Tandler die Verantwortung für den Wohnungsbau über den Kopf?

Von Ria Burkel MdL

Wohnungspolitische Sprecherin der bayerischen SPD-Landtagsfraktion

Die inzwischen bekannte Tatsache, daß über 200 Millionen Mark öffentlicher Baudarlehensmittel am Jahresende 1981 durch Bewilligungsbescheide noch nicht gebunden waren, haben mich vor kurzem veranlaßt, Innenminister Tandler nach den Gründen dieses bewilligungs-organisatorischen Rätsels zu fragen. In einer ersten Antwort war sich Tandler nicht zu schade, in altbekannter Staatsregierungs-Praxis Bonn als wesentlichen Urheber für den hohen Bewilligungsüberhang "dingfest" zu machen. Begründung Tandlers war, daß der Bund seine Mittel für 1981, die zusammen mit den Landesmitteln einzusetzen sind, erst Ende April freigegeben hat.

Diese Begründung stellt die eigentlichen Ursachen auf den Kopf. Für mich bleibt es unverständlich, wie der für den Wohnungsbau verantwortliche Minister so daherreden kann. Die Schuldzuweisung an die Bundesregierung erweist sich nämlich bei näherer Prüfung der Sachlage als unhaltbar. Tandlers Behauptung, der Bewilligungsüberhang sei so groß gewesen, weil die Bundesmittel 1981 erst Ende April kamen, erweckt den Eindruck, daß bis dahin nicht genügend Geld für die Bewilligung neuer Anträge vorhanden gewesen sei. Eine solche Annahme ist falsch, weil Ende 1980 laut Tätigkeitsbericht der Landesbodenkreditanstalt ein Bewilligungsüberhang von 191 Millionen Mark vorhanden war. Diese knapp 200 Millionen Mark waren noch nicht einmal bis Ende Juni 81 von den (mehr als hundert) Bewilligungsstellen vollständig in Bewilligungsbescheide umgesetzt. Praktisch bedeutete dies, daß Bayern bis Ende April 1981 auf die zunächst noch ausstehenden Bundesmittel gar nicht angewiesen war.

Diese Argumentation der Staatsregierung ist auch ein Beweis dafür, daß es trotz Verzehnfachung der Gesamtzahl der Bewilligungsstellen zu Beginn des Jahres 1980 dem Innenministerium nicht gelungen ist, den bewilligungsmäßigen Abfluß der zur Verfügung stehenden Förderungsmittel zu beschleunigen. Wie sonst hätte es zu einem Bewilligungsüberhang von jeweils rund 200 Millionen Mark für 1980/81 und 1981/82 kommen können?

Absolut schleierhaft ist, wie bei derart enormen Summen an brachliegenden Förderungsmitteln die von Herrn Tandler behauptete "größere Bürgernähe" und die "Vermeidung von Doppelarbeit" sich als Vorteil der Änderung des Bewilligungsverfahrens erwiesen haben sollen. Genau das Gegenteil ist der Fall: In den letzten sechs Jahren ist der jeweilige Bewilligungsüberhang, wie aus den Jahresberichten der bayerischen Landesbodenkreditanstalt hervorgeht, ständig gestiegen. Er betrug

1976	48 Millionen Mark	1979	171 Millionen Mark
1977	144 Millionen Mark	1980	191 Millionen Mark
1978	173 Millionen Mark	1981	201 Millionen Mark

Dies kann nur bedeuten, daß sich das Bewilligungsverfahren im ersten Förderungsweg eher verlangsamt als beschleunigt hat, und daß die Antragsteller von Jahr zu Jahr länger auf die Bewilligung öffentlicher Baudarlehen warten mußten.

Tandler sollte deshalb weniger nach fadenscheinigen Ausreden suchen und sich darauf konzentrieren, daß die organisatorische Mißgeburt des Bewilligungsüberhangs endlich soweit wie möglich aus dem Weg geräumt wird. Die derzeitigen Größenordnungen des Bewilligungsüberhangs sind in ihren wohnungs-, sozial- und wirtschaftspolitischen Konsequenzen untragbar. Sollte es Tandler bis Ende 1982 wiederum nicht schaffen, den Bewilligungsüberhang auf eine vertretbare Größenordnung (Richtzahl könnte da 1976 sein) zurückzuführen, muß er sich den Vorwurf gefallen lassen, daß ihm die Organisation des Bewilligungsverfahrens faktisch über den Kopf gewachsen ist, zum Nachteil der auf das Geld wartenden Antragsteller.

Auf jeden Fall steht fest, daß sich Tandler nicht mit Schuldzuweisungen an den Bund und engstirniger Verteidigung der Kompetenzverlagerung bei den Bewilligungsstellen aus seiner Verantwortung wird ausschleichen können.

(-/14.7.1982/ks/ca)

+ + +